

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Martin Erwin Renner, Dr. Götz Frömming, Thomas Ehrhorn und der Fraktion der AfD

Anschlag auf Kunstwerke und Antiken in Museen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Die beispiellosen Beschädigungen auf der Berliner Museumsinsel vom 3. Oktober 2020 verursachten nach Auskunft von Christiane Haak, der stellvertretenden Generaldirektorin der Staatlichen Museen zu Berlin, den bisher „umfangreichsten Schaden an gesammelten Objekten bei den staatlichen Museen“ (www.rbb24.de/kultur/beitrag/2020/10/berlin-reaktion-angriff-artefakte-pergamon-museums-insel.html). Die oder der Täter konnte/n laut Medienberichten „mindestens 70 Ausstellungsstücke“ in vier Museen („Die Entweihung des Kulturerbes“, Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 22. Oktober 2020, S. 9; www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/unbekannte-beschaedigen-exponate-auf-berliner-museumsinsel,SDzMZ1p), darunter auch Gemälde des 19. Jahrhunderts, beschädigen, ohne dass ihnen bzw. ihm jemand in den Arm fiel oder sie oder er erkannt wurde/n. Das Vertrauen in die Sicherheit der Staatlichen Museen ist damit nach Ansicht der Fragesteller im hohen Maße erschüttert.

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD zum Stand der Sicherheitsmaßnahmen der Museen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) auf Bundestagsdrucksache 19/17263 hatte die Bundesregierung u. a. noch erklärt, „Gerade die aktuellen Entwicklungen“ zeigten, „dass Exponate mit hohen Materialwerten (Edelmetall, Edelsteine u. Ä.) besonders gefährdet“ seien. „Weitere Sicherheitstechnik zur Überwachung (Einbruchmeldetechnik, Videotechnik etc.) wird im Rahmen der laufenden Bauunterhaltung erneuert und verbessert. Museumsneubauten und grundinstand gesetzte Museen werden jeweils auf den aktuellen Stand der Sicherheit gebracht.“

Diese Auskunft steht aus Sicht der Fragesteller im Gegensatz zu Medienberichten im Zusammenhang mit dem Anschlag auf Kunstwerke und Antiken auf der Berliner Museumsinsel vom 3. Oktober 2020, bei dem laut einem Kriminaldirektor beim Berliner Landeskriminalamt „nur eine Überwachungskamera Bilder geliefert habe“ („Schmiere auf den Sarkophag“, Süddeutsche Zeitung, 22. Oktober 2020, S. 9). Das ist gerade mit Blick auf das „grundinstand gesetzte“ (Bundestagsdrucksache 19/17263, S. 2) und am 3. Oktober 2020 wiedereröffnete Pergamonmuseum, bei dem nach Ansicht der Fragesteller davon ausgegangen werden darf, das es dem neuesten Stand der Sicherheitstechnik entspricht, eine bemerkenswerte Feststellung. Festzuhalten bleibt, dass sich nach Ansicht der Fragesteller die Sicherheitsmaßnahmen im Pergamonmuseum gleich am ersten Tag der Wiedereröffnung als ineffektiv erwiesen haben.

Es dürfte deshalb offenbar auch mit dem Versuch, die nach Ansicht der Fragesteller defizitären Sicherheitsmaßnahmen an den Museen der SPK zu kaschie-

ren, zusammenhängen, dass sowohl die Behörden als auch die SPK erst mit deutlicher Zeitverzögerung und unter dem Eindruck unmittelbar anstehender Veröffentlichungen in den Medien über die Beschädigungen auf der Museumsinsel informiert haben („Schmiere auf den Sarkophag“, Süddeutsche Zeitung, 22. Oktober 2020, S. 9).

Offensichtlich hat der Generaldirektor der Staatlichen Museen zu Berlin die „Installation zusätzlicher Kameras mit Verweis auf den Widerstand im Personalrat“ der SPK verweigert, weil die Museumsangestellten „keine Videoüberwachung“ wollten („Die Entweihung des Kulturerbes“, FAZ, 22. Oktober 2020, S. 9). Der Generaldirektor habe überdies bei der Rekrutierung den „billigsten Anbieter“ ausgewählt; die Leute hätten keine „Identifikation mit dem Job“, „auch deshalb habe die Tat unbemerkt geschehen können“ („Die Entweihung des Kulturerbes“, FAZ, 22. Oktober 2020, S. 9). Zu dieser Einschätzung passt nach Ansicht der Fragesteller auch, dass die entscheidenden „Insider-Tipps“, die zum Diebstahl der 100 Kilogramm schweren Goldmünze „Big Maple Leaf“ aus dem Bode-Museum durch Mitglieder einer Berliner Großfamilie geführt haben, offenbar von einem ehemaligen Wachmann des Bode-Museums stammten, der bei einem Subunternehmen der Sicherheitsfirma, die für die Bewachung des Museums zuständig war, angestellt war (www.tagesspiegel.de/berlin/prozess-um-goldmuenz-diebstahl-in-berlin-bode-museum-zeigte-einbruchsversuch-nicht-an/23846872.html).

Es drängt sich aus Sicht der Fragesteller der Eindruck auf, dass mit Blick auf die Sicherheitsvorkehrungen in den Staatlichen Museen zu Berlin am falschen Ort gespart wird. Dieser Befund steht in scharfem Widerspruch zur Einschätzung der Kulturstatsministerin Monika Grütters, dass sich die Beschädigungen auf der Museumsinsel „gegen unser aller Kulturerbe“ richteten (www.tagesspiegel.de/berlin/63-kunstwerke-in-berlin-angegriffen-museen-gehen-von-groesstem-schaden-seit-dem-zweiten-weltkrieg-aus/26294504.html).

„Unser aller Kulturerbe“ (ebd.) wird, trotz der Wertigkeit, die ihm die Kulturstatsministerin Monika Grütters zugeschrieben hat, offenbar nicht in dem Maße geschützt, wie es seiner Wertigkeit gemäß angezeigt wäre. Dieser Befund muss mit Blick auf die Tatsache, dass die Kulturschätze Deutschland zunehmend in den Fokus von Kriminellen, Vandalen und Verwirrten geraten, nach Auffassung der Fragesteller alarmieren und nachhaltige Konsequenzen nach sich ziehen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, welche Artefakte (inkl. möglicherweise betroffener Leihgaben aus der Sonderausstellung „Dekadenz und dunkle Träume. Der belgische Symbolismus“) in den Museen der Berliner Museumsinsel im Einzelnen am 3. Oktober 2020 während der Öffnungszeiten beschädigt wurden?
 - a) Wenn ja, welche Artefakte sind hiervon im Einzelnen betroffen (bitte nach dem jeweils betroffenen Museum aufgeschlüsselt angeben)?
 - b) Wenn nein, warum hat die Bundesregierung hiervon keine Kenntnis?
2. Wie hoch muss nach Kenntnis der Bundesregierung der entstandene Schaden bei den Beschädigungen auf der Museumsinsel quantifiziert werden? Gibt es bereits Schätzungen darüber, wie hoch die Reinigungskosten der betroffenen Artefakte veranschlagt werden müssen (bitte ausführen)?
3. Kann die Bundesregierung Medienberichte bestätigen, nach der „nur eine Überwachungskamera Bilder“ über die Beschädigungen auf der Museumsinsel geliefert habe, auf denen nichts zu erkennen sei („Schmiere auf den Sarkophag“, Süddeutsche Zeitung, 22. Oktober 2020, S. 9)?

Wenn ja, welche Maßnahmen sind seitens der SPK nach Kenntnis der Bundesregierung geplant, um den Stand der Überwachungstechnik auf der Berliner Museumsinsel internationalen Museumsstandards anzupassen?

4. Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass in einem gerade grundinstandgesetzten Museum (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller) wie dem Pergamonmuseum, bei dem davon ausgegangen werden darf, dass es den neuesten Sicherheitsstandards entspricht, bereits am ersten Tag der Wiedereröffnung unbemerkt Beschädigungen an Artefakten verübt werden konnten?
5. Wie beurteilt die Bundesregierung die Sicherheitsmaßnahmen auf der Museumsinsel vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es bei „mindestens 70“ Beschädigungen von Artefakten in Museen der SPK auf der Museumsinsel bislang keinen einzigen Zeugen gibt (www.rbb24.de/kultur/beitrag/2020/10/berlin-reaktion-angriff-artefakte-pergamon-museums-insel.html; www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/unbekannte-beschaedigen-exponate-auf-berliner-museumsinsel,SDzMZ1p)?

Welche Konsequenzen gedenkt die SPK nach Kenntnis der Bundesregierung mit Blick auf das bestehende Sicherheitskonzept für die Staatlichen Museen zu Berlin aus diesem Befund zu ziehen?

6. Treffen nach Kenntnis der Bundesregierung Medienberichte zu, nach denen Beamte, die am Morgen nach den Beschädigungen auf der Berliner Museumsinsel eintrafen, den Kopf über den Standard der Sicherheitstechnik geschüttelt haben sollen und feststellten, es gebe weder „Panzerglas in den Vitrinen noch ausreichend Überwachungskameras“ („Die Entweihung des Kulturerbes“, FAZ, 22. Oktober 2020, S. 9)?

Will die SPK nach Kenntnis Bundesregierung Konsequenzen aus diesem Befund ziehen, und wenn ja, welche Maßnahmen werden erwogen (wenn nein, warum nicht)?

7. Kann die Bundesregierung Medienberichte bestätigen, nach denen der Generaldirektor der Staatlichen Museen zu Berlin die „Installation zusätzlicher Kameras mit Verweis auf den Widerstand im Personalrat“ der SPK verweigert haben soll, weil die Museumsangestellten „keine Videoüberwachung“ wollten („Die Entweihung des Kulturerbes“, FAZ, 22. Oktober 2020, S. 9)?
 - a) Wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung die Haltung des Personalrats und die Reaktion des Generaldirektors?
 - b) Wenn nein, warum hatte die Bundesregierung von dieser Entscheidung des Generaldirektors keine Kenntnis?
8. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob die unzureichende Videoüberwachung auf der Museumsinsel auch in Zusammenhang mit Konsequenzen steht, die aus heimlichen Filmaufnahmen einer Überwachungskamera des Pergamonmuseums von der Privatwohnung der Bundeskanzlerin gezogen wurden (www.spiegel.de/politik/deutschland/sicherheitspanne-wachleute-filmten-heimlich-merkels-wohnzimmer-a-408015.html)?
9. Wurden nach Kenntnis der Bundesregierung nach Bekanntwerden der heimlichen Filmaufnahmen von der Privatwohnung der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (s. o.) Maßnahmen eingeleitet, um diesen Eingriff in die Privatsphäre zu unterbinden, wenn ja, welche und wenn nein, warum nicht?
 - a) Welche Konsequenzen hatte dies ggf. für das Sicherheitskonzept des Pergamonmuseums?

- b) Stehen diese Maßnahmen in einem ursächlichen Zusammenhang mit den fehlenden Aufzeichnungen von Überwachungskameras zur Tatzeit?
10. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob auch für die Staatlichen Museen zu Berlin die Einschätzung zutrifft, dass Museen eher in Ausstellungen als in die Sicherheit investierten, weil ihnen die Kosten für die Sicherheit zu hoch seien (www.sueddeutsche.de/panorama/bode-museum-goldmuenze-maple-leaf-prozess-1.4281619)?
- a) Wenn ja, welche Schlussfolgerungen hat die Bundesregierung mit Blick auf die Staatlichen Museen zu Berlin aus dieser Einschätzung bisher gezogen?
- b) Wenn nein, hatte die Bundesregierung Kenntnis von den Entscheidungskriterien?
11. Kann die Bundesregierung Medienberichte bestätigen, nach denen der Generaldirektor der Staatlichen Museen bei der Rekrutierung von Sicherheitspersonal den „billigsten Anbieter“ ausgewählt haben soll („Die Entweihung des Kulturerbes“, FAZ, 22. Oktober 2020, S. 9)?
- a) Wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diese Entscheidung des Generaldirektors?
- b) Wenn nein, hatte die Bundesregierung Kenntnis von den Entscheidungskriterien (bitte ausführen)?
12. Gab es in der Vergangenheit in den Staatlichen Museen zu Berlin Fälle von Vandalismus, bei denen das Sicherheitspersonal nicht aktiv geworden ist, weil es nichts bemerkt hat und wenn ja, welche Fälle waren das (bitte nach Datum und Art des Vorfalls auflisten)?
- Welche Konsequenzen wurden aus diesen Vorfällen gezogen?
13. Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis davon, dass das Sicherheitspersonal der Staatlichen Museen zu Berlin keine „Identifikation mit dem Job“ aufweise und dass die Beschädigungen von Artefakten auch deshalb „unbemerkt“ haben geschehen können („Die Entweihung des Kulturerbes“, FAZ, 22. Oktober 2020, S. 9)?
14. Hat die Bundesregierung mit Blick auf die „Identifikation“ des Sicherheitspersonals „mit dem Job“ (siehe vorhergehende Frage) das Gespräch mit dem Generaldirektor der Staatlichen Museen gesucht?
- a) Wenn ja, welches Ergebnis hatte dieses Gespräch?
- b) Wenn nein, warum hat die Bundesregierung nicht das Gespräch mit dem Generaldirektor gesucht?
15. Ist der Bundesregierung bekannt, ob und inwieweit die SPK beabsichtigt, als Reaktion auf die Beschädigungen in den Staatlichen Museen zu Berlin das Sicherheitspersonal zu erhöhen?
- a) Wenn ja, in welchem Rahmen soll sich diese Personalerhöhung bewegen und inwieweit wird dabei nach Kenntnis der Bundesregierung erwogen, bei der Personalrekrutierung mit Blick auf die Vorgänge auf der Museumsinsel ein verändertes Anforderungsprofil zugrunde zu legen?
- b) Wenn nein, warum wird nach Kenntnis der Bundesregierung seitens der SPK keine Erhöhung des Sicherheitspersonals geplant?
16. Befürwortet die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Beschädigungen auf der Museumsinsel erhöhte Investitionen in die Sicherheitsvorkehrungen?

rungen der Staatlichen Museen zu Berlin (www.rbb24.de/kultur/beitrag/2020/10/berlin-reaktion-angriff-artefakte-pergamon-museums-insel.html)?

- a) Wenn ja, welches Budget sieht die Bundesregierung für die Umsetzung dieser Maßnahmen vor und in welche Sicherheitsbereiche genau soll investiert werden?
 - b) Wenn nein, warum sieht die Bundesregierung hier keinen Handlungsbedarf?
17. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob und inwieweit das Service- und Aufsichtspersonal der Staatlichen Museen zu Berlin regelmäßig in Sicherheitsfragen geschult wird und zwar bis hin zur Frage, was der Einzelne tun muss, um Schwachstellen zu erkennen und zu beheben (www.kultur-bewahren.de/sichern/fb/a/news/technik-ist-nur-so-sicher-wie-der-mensch/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=4a4fb7394890fd5303c14c8c4ce58076)?
18. Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass entgegen ihrer Auskunft, dass „Sicherheits- und Servicepersonal der SPK“ bisher „nicht in Fälle des Diebstahls von Kulturgütern verwickelt“ war (S. 4, Bundestagsdrucksache 19/17263), ein ehemaliger Wachmann im Bode-Museum, der bei einem Subunternehmen der Sicherheitsfirma, die für die Bewachung des Museums zuständig war, angestellt war, dem „R.-Clan“ entscheidende Insider-Informationen – darunter der Hinweis auf eine seit 2013 defekte Alarmsicherung an genau dem Fenster, durch das die drei Mitglieder des „R.-Clans“ in das Museum eingestiegen seien – gegeben hat, die den Diebstahl der Goldmünze „Big Maple Leaf“ aus dem Bode-Museum ermöglichen (www.tagesspiegel.de/berlin/prozess-um-goldmuenz-diebstahl-in-berlin-bode-museum-zeigte-einbruchversuch-nicht-an/23846872.html)?
- a) Wenn ja, wie erklärt sich die Bundesregierung in diesem Fall ihre Antwort zu Frage 7c auf Bundestagsdrucksache 19/17263, nach der Sicherheits- und Servicepersonal der SPK „nicht in Fälle des Diebstahls von Kulturgütern verwickelt“ war?
 - b) Wenn nein, muss hieraus geschlossen werden, dass die Medien über Diebstähle in den Staatlichen Museen zu Berlin besser informiert sind als die Bundesregierung?
19. Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis von den jeweiligen, auf die Anforderungen der Staatlichen Museen zu Berlin zugeschnittenen Sicherheitskonzepte und deren technische Einrichtung wie den dazugehörigen Überwachungsabläufen?
- a) Welchen Planungsumfang (Anzahl der Überwachungskameras und deren Platzierung) haben die jeweiligen Sicherheitskonzepte?
 - b) Entspricht der Grad der Realisierung dem Sicherheitskonzept?
 - c) Gibt es innerhalb dieses Sicherheitskonzepts in den Museen einen zentralen Überwachungsraum oder mehrere -räume, der bzw. die dem Planungsumfang entspricht bzw. entsprechen?
 - d) Welchen Stand hat die Realisierung der technischen Überwachung?
 - e) Gibt es ausreichend geschultes Personal, das diesen Anforderungen voll umfänglich entsprechen kann?
 - f) Gibt es in den jeweiligen Museen einen eigenen Sicherheitsbeauftragten, der die Tätigkeit des Sicherheitspersonals überwacht und wenn nein, warum nicht?

20. Kann die Bundesregierung Medienberichte bestätigen, nach denen die SPK die Öffentlichkeit über die Beschädigungen auf der Berliner Museumsinsel mit deutlichem zeitlichem Abstand erst dann verständigt hat, als entsprechende, einschlägige Medienberichte unmittelbar zur Veröffentlichung anstanden (www.spiegel.de/kultur/berliner-museen-dutzende-ausstellungsstuecke-mit-oeliger-fluessigkeit-beschaedigt-a-8d59da7b-bb1d-4baf-80b3-3dfb29d9c659)?
- Wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung dieses Kommunikationsgebaren der SPK?
 - Wenn nein, aufgrund welcher anderslautender Informationen kann die Bundesregierung diese Medienberichte nicht bestätigen?
21. Zu welchem Zeitpunkt genau hat die Bundesregierung Kenntnis von den Beschädigungen auf der Berliner Museumsinsel erhalten?
- Wann genau hat die Bundesregierung entschieden, die Öffentlichkeit über diese Vorgänge zu informieren?
22. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung mit Blick auf die Beschädigungen auf der Museumsinsel Hinweise, die auf einen ähnlichen Fall im Kreismuseum Wewelsburg deuten, wo Mitte Juli 2020 ein Unbekannter etwa 50 Objekte ebenfalls mit einer ölhaltigen Flüssigkeit beschädigt hatte (www.frankenpost.de/deutschlandwelt/brennpunkte/Museumsinsel-Attacke-ungeklaert;art2801,7438672)? Wenn ja, welcher Art sind diese Hinweise?
23. Hat die Bundesregierung Kenntnis von Hinweisen auf andere Täter oder Tätergruppen als die, die in Frage 21 angesprochen werden (www.cicero.de/kultur/vandalismus-museumsinsel-pergamon-kunst-verschwoerungsmhythen-attila-hildmann), und wenn ja, welcher Art sind diese Hinweise?
24. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung Indizien dafür, dass die Beschädigungen auf der Museumsinsel von einem Täter oder von mehreren Tätern verübt wurden, und wenn ja, welcher Art sind diese Indizien?
25. Welcher Art war nach Kenntnis der Bundesregierung die „Folge von Übergriffen“ auf der Museumsinsel, z. B. im Kolonnadenhof, von denen in den Medien berichtet wurde (www.tagesspiegel.de/berlin/63-kunstwerke-in-berlin-angegriffen-museen-gehen-von-groesstem-schaden-seit-dem-zweiten-weltkrieg-aus/26294504.html)? Hat diese „Folge von Übergriffen“ nach Kenntnis der Bundesregierung irgendwelche Maßnahmen seitens der SPK nach sich gezogen, und wenn nein, warum nicht?
26. Stimmt die Bundesregierung der Einschätzung zu, dass ein Missverhältnis zwischen den immensen Kosten für Neubauprojekte für Museen der SPK wie zum Beispiel des „Museums des 20. Jahrhunderts“ und unzureichenden Investitionen in Sicherheit und Bauunterhalt für die Staatlichen Museen zu Berlin bestehe (www.rbb24.de/kultur/beitrag/2019/10/bundesrechnungshof-berlin-kultur-museen-museumsinsel.html; www.tagesspiegel.de/kultur/die-kritik-waechst-staatliche-museen-berlin-zu-wenig-besucher-zu-viele-baustellen/23892746.html)?
- Wenn ja, welche Schlussfolgerungen hat die Bundesregierung bisher aus diesem Missverhältnis gezogen?
 - Wenn nein, warum sieht die Bundesregierung hier kein Missverhältnis?

Berlin, den 30. Oktober 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

